

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des
Planungs- und Umweltausschusses
am Mittwoch, dem 14.08.2019
im Sitzungszimmer 2.5 / 2.6

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 21:11 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse
Herr Thomas Krampfer
Frau Jeannie Kubon
Herr Jan Hinrich Köster
Herr Geoffrey Frederic Warlies
Herr Axel Westphal-Garken

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Dr. Wolfgang Stein
Herr Kurt Feldmann-Jäger
Herr Andreas Gärtner
Herr Thomas Michaelis
Herr Jörg Neumann

Beratendes Mitglied

Herr Bruno Narnbach

Von der Verwaltung

Herr Thorsten Kubiak
Frau Ute Spieler
Frau Ute Obel
Herr Bernd Heilmann
Frau Hilke Schulz (Protokollführerin)

Außerdem anwesend

Herr Arno Jahner, Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Herr Jochen Richard, Planungsbüro Richter-Richard
Ratsfrau Franka Dannheiser
Ratsherr Andreas Kluckhuhn
Herr Werner Didwischus
Herr Hans-Jürgen Gorba
Herr Hans Werner Pundt
Herr Sven Radestock
Herr Rolf Schaks
Herr Christian Lipovsek, Holsteinischer Courier
Ca. 10 Zuhörer/Innen

Unentschuldig:

Beratendes Mitglied

Herr Bernhard Radomski

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der Tagesordnung
3.	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.06.2019
4.	Information über die am 05.06.2019 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
5.	Einwohnerfragestunde
5.1.	Vorstellung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung
6.	Anträge und Anfragen
6.1.	Antrag Stadtteilbeirat Einfeld - Fußgänger- und Radverkehrsführung Looper Weg
6.2.	Antrag Ratsfrau Bühse vom 28.07.2019 - Klimaschutzmaßnahmen
6.3.	Antrag H. Michaelis vom 29.07.2019 - "Handyparken"
6.4.	Große Anfrage H. Michaelis vom 29.07.2019 - Zustand nach Herstellung der Klimaneutralität
6.5.	Antrag SPD-Ratsfraktion vom 29.07.2019 - Erweiterung des Maßnahmenkatalogs des Integrierten Klimaschutzkonzeptes
7.	Erstellung der 3. Stufe der Lärmaktionsplanung für die Stadt Neumünster - Kenntnisnahme des Entwurfes - Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0387/2018/DS
8.	Stadtteil West Beschluss der Sanierungssatzung Vorlage: 0285/2018/DS
9.	Integriertes Stadtentwicklungskonzept: Festlegung der ISEK-Stadtteilgrenzen Vorlage: 0366/2018/DS
10.	Umgestaltung des Großfleckens hier nur: Beschluss über den vorzeitigen Baubeginn des Eingangsbereiches Großflecken/Lütjenstraße Vorlage: 0360/2018/DS
11.	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes - Umsetzungsbericht Vorlage: 0362/2018/DS

12.	53. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Nördlich Mühlenstraße" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss zur Bürgerbeteiligung - Durchführung einer Umweltprüfung Vorlage: 0363/2018/DS
13.	Bebauungsplan Nr. 223 "Südlich Fuhrkamp, nördlich Kreuzkamp" (AWO) - Antrag auf Bebauungsplanaufstellung - Aufstellungsbeschluss - Anwendung des beschleunigten Verfahrens - Beschluss zur Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0376/2018/DS
14.	Widmung der Brückenstraße Vorlage: 0365/2018/DS
15.	Dringliche Vorlagen
16.	Mitteilungen
16.1.	Lärmschutz - Berechnung von Verkehrslärmimmissionen Vorlage: 0134/2018/MV
16.2.	Beschlusskontrolle - öffentlich - siehe Anlage - Vorlage: 0144/2018/MV
16.3.	Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg am 23. September 2019 in Seevetal, Terminankündigung Vorlage: 0145/2018/MV
16.4.	Prioritäre Bearbeitung von Bauanträgen zu umfangreichen Baumaßnahmen an Schulen in NMS (Förderprojekte) unter Berücksichtigung der aktuellen Personalsituation FD 63, Abt. 63.3 Untere Bauaufsichtsbehörde Vorlage: 0151/2018/MV
16.5.	Umsetzung des Ratsbeschlusses "Neumünster aktiv gegen den Klimawandel" Vorlage: 0153/2018/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende – Herr Krampfer – eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Als neues Mitglied im Planungs- und Umweltausschuss wird Ratsherr Geoffrey Warlies vorgestellt.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung
-----	------------------------------

Herr Krampfer weist darauf hin, dass nachfolgend genannte Unterlagen bzw. Änderungsanträge als Tischvorlage verteilt wurden:

Zu TOP 6.2

Änderungsantrag von Frau Kubon (**Anlage 1**)

Zu TOP 6.5

Änderungs- / Ergänzungsantrag von Frau Bühse (**Anlage 2**).

Zu TOP 7.

Änderungsantrag von Frau Bühse (**Anlage 3**).

Zu TOP 8

Anträge von Frau Bühse (**Anlage 4**).

Zu TOP 9.

Alternativantrag von Herrn Michaelis (**Anlage 5**).

Zu TOP 13.

Ergänzung zur Anlage 2 der Drucksache 0376/2018/DS – Lageplan Variante 2 (**Anlage 6**).

Darüber hinaus wurde allen Ausschussmitgliedern ein Exemplar des Stadtentwicklungsberichts 2019 sowie eine Pressemitteilung zur Roadshow „NEW 4.0 - Norddeutsche Energiewende“ (**Anlage 7**) zur Verfügung gestellt.

Herr Stadtbaurat Kubiak beantragt den Tagesordnungspunkt 7. „3. Stufe Lärmaktionsplanung“ an den Anfang der Beratungen zu stellen, um dem Referenten vom Planungsbüro Richter-Richard aus Aachen die Heimreise zu ermöglichen (**neuer TOP 4.1**).

Herr Michaelis beantragt die Umstellung der Tagesordnung wie folgt:

- Tagesordnungspunkt 6.2 Antrag Frau Bühse „Klimaschutzmaßnahmen“ neuer Tagesordnungspunkt 6.3
- Tagesordnungspunkt 6.3 Antrag Herr Michaelis „Handyparken“ neuer Tagesordnungspunkt 6.5
- Tagesordnungspunkt 6.4 „Große Anfrage – Zustand nach Herstellung der Klimaneutralität“ neuer Tagesordnungspunkt 6.2.
- Tagesordnungspunkt 6.5 Antrag Frau Kubon „Erweiterung des Maßnahmenkatalogs Integriertes Klimaschutzgesetz“ neuer Tagesordnungspunkt 6.4

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung einstimmig angenommen, wobei die Tagesordnungspunkte 17. – 19.1 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden werden sollen.

3 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.06.2019
-----	---

Frau Kubon möchte zum Tagesordnungspunkt 9. der Niederschrift Antragsteil 7. „Seabins“ nachdrücklich daran erinnern, dass die Ratsversammlung unabhängig von einer möglichen Verwendung im Teich explizit die Anschaffung von Seabins beschlossen habe, und dies auch zeitnah umzusetzen sei.

Die Niederschrift wird sodann einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

4 .	Information über die am 05.06.2019 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Der Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass in dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Teil der Sitzung am 05.06.2019 folgende Drucksache zur Beschlussfassung vorlag:

Drucksache 0344/2018/DS
„Raumkonzept für die Stadtverwaltung Neumünster“

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

5.1 .	Vorstellung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung
-------	---

Herr Jahner stellt sich und seine Tätigkeiten vor.

Er plädiert ausdrücklich für die Planung / Ausführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit, für die das Land erhebliche Fördergelder bereithält.

Abschließend kritisiert er seine bislang unterbliebene Beteiligung bei der Umgestaltung des Großfleckens und bittet um die Gelegenheit, die Interessen der Menschen mit Behinderung im weiteren Verlauf vertreten zu können.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

6.1 .	Antrag Stadtteilbeirat Einfeld - Fußgänger- und Radverkehrsführung Looper Weg
-------	---

Herr Radestock erläutert den Antrag und bittet um Unterstützung in diese Angelegenheit.

Der Ausschussvorsitzende lässt anschließend über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft die Fußgänger- und Radverkehrsführung Looper Weg vom Ortseingang bis zum Knotenpunkt Dorfstraße / Uferstraße / Roschdohler Weg und den Knotenpunkt selbst nach den folgenden Kriterien:

1. Fußgängerquerung Höhe Wührenwiesen
2. kurzfristiger Einsatz von (mobilen) Querungshilfen im Kreuzungsbereich
3. Fahrradstreifen Looper Weg bis Ortsausgang
4. Einsatz einer (Bedarfs)Ampelanlage am Knotenpunkt
5. Prüfen der Möglichkeit eines Kreisverkehrs, analog zum Helmut-Loose-Platz

Das Ergebnis ist dem Ausschuss in der übernächsten Sitzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

6.2 .	Antrag Ratsfrau Bühse vom 28.07.2019 - Klimaschutzmaßnahmen
-------	---

Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 6.3 behandelt (s. Tagesordnungspunkt 2.).

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Änderungsantrag von Frau Kubon als Tischvorlage vor (**Anlage 1**).

Zunächst erläutert Frau Bühse ihren Antrag, der mögliche Maßnahmen für zukünftige Bebauungspläne aufzeigt.

Anschließend begründet Frau Kubon ihren Änderungsantrag.

Da unter den Ausschussmitgliedern grundsätzlich Konsens zu beiden Anträgen besteht, wird einvernehmlich der Punkt 3. vom Änderungsantrag wie folgt ergänzt:

„Die unter Punkt 3. des Originalantrages aufgeführten Vorschläge und Themen sollen im Rahmen der Prüfung und Erarbeitung des Kriterienkatalogs mit berücksichtigt werden.“

Im Anschluss übernimmt Frau Bühse die Formulierungen aus dem Antrag von Frau Kubon und der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Antrag von Frau Bühse abstimmen.

Beschluss:

1. In der Bauleitplanung werden zukünftig Klimaschutzmaßnahmen verstärkt berücksichtigt. Ziel ist es, eine klimagerechte Stadtentwicklung im Rahmen von kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten mit zu gestalten.
2. In Baugebieten ist eine energetische und Klimaschutzbezogene Optimierung anzustreben. ~~Wir sollten den Handlungsspielrahmen, den uns die Gesetze lassen, nutzen.~~ Die Überprüfung und Bewertung klimaanpassungsbezogener Anforderungen sollen hierbei frühzeitig berücksichtigt werden.
3. Die Verwaltung erarbeitet nach den Punkten 1. und 2. entsprechende Kriterien und Vorgaben, die zukünftig Bestandteil von Bebauungsplänen sein sollen. Ggf. sollen diese durch einen städtebaulichen Vertrag abgesichert werden. Der Kriterienkatalog ist den Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen.

„Die unter Punkt 3. des Originalantrages aufgeführten Vorschläge und Themen sollen im Rahmen der Prüfung und Erarbeitung des Kriterienkatalogs mit berücksichtigt werden.“

3. ~~Die frühzeitige Berücksichtigung, Überprüfung und Bewertung klimaanpassungsbezogener Anforderungen könnte ein erster Schritt sein. Folgende Maßnahmen könnten im Rahmen des Möglichen dazu beitragen:~~
 - + Vor der Aufstellung bzw. im Entwurfsverfahren ist ein frühzeitiges Energiekonzept zu erstellen, das mit den sonstigen städtebaulichen Zielen in Einklang zu bringen ist.
 - + Ziel sollte es sein, bei der Errichtung von Wohn-, Büro- und Dienstgebäuden den Wärmebedarf möglichst gering zu halten z. B. durch die Ausrichtung der Gebäude, Schattenbildung vermeiden, durch Nutzung von Nah- und Fernwärme oder bei größeren Baugebieten durch Errichtung eines Mini-BHKW`s. Anzustreben sind Gebäude mit extrem niedrigen Energieaufwand. Der darüber hinaus benötigte Wärmebedarf sollte möglichst CO₂-neutral sein.
 - + Die aktive Nutzung von Dachformen kann zusätzliche Energie erzeugen.
 - + Dach- und Fassadenbegrünung trägt zur Klimaverbesserung bei.
 - + Der Ein- und Durchgrünung eines Plangebietes kommt besondere Bedeutung im Rahmen des Klimawandels zu. Die Schaffung von mehr Grünflächen zu Lasten von versiegelten Flächen mit Anpflanzung standortgerechter Gehölze sowie Gestaltung von Blühflächen tragen dazu bei, das Stadtbild nachhaltig zu prägen und das innerstädtische Klima zu verbessern.
 - + Im Baugebiet ist von zentraler Bedeutung, ausreichend Rad- und Fußwege mit einzuplanen. Auf den Baugrundstücken sind pro Wohnung 2 überdachte Radstellplätze vorzuhalten. Bei Büro- und Dienstgebäuden ist entsprechend des Bedarfs zu planen.
 - + Es wird nicht erlaubt, Splitgärten und / oder Metallgestelle mit Steinfüllungen in dem neuen Baugebiet anzulegen. Die Versteinerung hat negative Folgen für die Insekten und Vögel.
 - + Stellflächen sind nicht zu versiegeln, sondern mit Rasengittersteinen zu versehen, die einen stabilen Untergrund bieten und Wasser versickern lassen.
 - + Es ist anzustreben, in Wohnstraßen rechts und links einen Grünstreifen anzulegen, in dem das Regenwasser versickern kann.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Realsituation in Bezug auf Versiegelungsflächen auf Konformität mit den geltenden Bebauungsplänen zu überprüfen und ggf. Maßnahmen zur Wiederherstellung einzuleiten. Dies kann abschnittsweise nach Stadtteilen geschehen.

- ~~4. Diese beschriebenen Gestaltungsmöglichkeiten sollen Bestandteil neuer B-Pläne sein und – wenn es möglich ist – durch einen städtebaulichen Vertrag abgesichert werden.~~
- ~~5. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob neue energetische Techniken wie z. B. kleine Windräder oder Aufwindräder auf dem Dach in der Lage sind, zusätzlich Energie zu erzeugen.~~

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

6.3 .	Antrag H. Michaelis vom 29.07.2019 - "Handyparken"
-------	--

Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 6.5 behandelt (s. Tagesordnungspunkt 2.).

Herr Michaelis begründet seinen Antrag im Hinblick auf die gesteigerte Servicequalität für den Bürger, die Berücksichtigung im Rahmen eines zukünftigen Mobilitätskonzepts und nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Vorteile durch autonom zu erwirtschaftenden Energieverbrauch der Automaten

Herr Krampfer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das sogenannte „Handyparken“ auf gebührenpflichtigen Parkplätzen als Teil eines zukünftigen Mobilitätskonzeptes vorzusehen und für geeignete Parkplätze zu verwirklichen. Eine Ausweitung der Zahlungsmöglichkeiten via Mobiltelefon, Kreditkarten und Girokarten ist ausdrücklich erwünscht. Es soll geprüft werden, ob eine NFC-Schnittstelle für kontaktlose Kartenzahlungen, der unabhängige Betrieb über Solar-Panels und aktuelle Einnahmestatistiken per E-Mail Bestandteil der Systeme sein sollten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

Da der Planungs- und Umweltausschuss den Antrag einstimmig beschlossen hat, ist dieser nun vom Ausschussvorsitzenden als Antrag des Ausschusses in die Ratsversammlung einzubringen.

6.4 .	Große Anfrage H. Michaelis vom 29.07.2019 - Zustand nach Herstellung der Klimaneutralität
-------	---

Die Anfrage wird als Tagesordnungspunkt 6.2 behandelt (s. Tagesordnungspunkt 2.).

Herr Michaelis erhält zunächst die Gelegenheit, seine Anfrage einzubringen und erläutert sein vorrangiges Interesse an der heutigen Einschätzung der Verwaltung zum klimaneutralen Zustand von Industrie, Energieerzeugung, Straßenverkehr, Gebäude und Landwirtschaft.

Frau Obel stellt verschiedene Szenarien – immer unter Hinweis auf die Unsicherheit von derartigen Prognosen – an Hand einer Powerpoint-Präsentation dar, welche der Niederschrift als **Anlage 8** beigefügt ist.

Im Rahmen der Aussprache weist Herr Michaelis darauf hin, dass seinerseits keine Fokussierung auf die Höhe der Kosten bestehe, da seriöse Zahlen nicht lieferbar seien. Er bedankte sich abschließend für die informative Darstellung durch Frau Obel.

6.5 .	Antrag SPD-Ratsfraktion vom 29.07.2019 - Erweiterung des Maßnahmenkatalogs des Integrierten Klimaschutzkonzeptes
-------	--

Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 6.4 behandelt (s. Tagesordnungspunkt 2.).

Es wurde ein Änderungs- und Ergänzungsantrag von der CDU-Fraktion als Tischvorlage verteilt (**s. Anlage 2**).

Frau Kubon erläutert ihren Antrag unter deutlichem Hinweis darauf, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Anschließend erhält Frau Bühse die Gelegenheit ihren Änderungs- und Ergänzungsantrag auszuführen.

Frau Obel äußert hinsichtlich der Änderung des Maßnahmenkataloges Bedenken und schlägt vor, die Anregungen im Rahmen der Maßnahmen „Biologische Vielfalt“ zu prüfen.

Nach kurzer Diskussion der Ausschussmitglieder übernimmt Frau Kubon die Formulierung aus dem Änderungsantrag von Frau Bühse wie folgt:

Als Alternative zur Begrünung soll geprüft werden, ob auf diesen Dächern die Möglichkeit besteht, eine kleine Photovoltaikanlage zu installieren, um an Ort und Stelle Strom für die Beleuchtung zu produzieren.

Zudem ergänzt Frau Kubon den 1. Absatz ihres Antrages wie folgt:

„Die Verwaltung wird beauftragt folgende Maßnahmen innerhalb des Maßnahmenkatalogs des Integrierten Klimaschutzkonzeptes auf Machbarkeit, Kosten und Nutzen / Effektivität zu überprüfen.

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende den geänderten / ergänzten Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Maßnahmen innerhalb des Maßnahmenkatalogs im Hinblick auf die Erweiterung des Maßnahmenkataloges des Integrierten Klimaschutzkonzeptes auf Machbarkeit, Kosten und Nutzen / Effektivität zu überprüfen.

a) Begrünung von Bushaltestellendächern

Als Alternative zur Begrünung soll geprüft werden, ob auf diesen Dächern die Möglichkeit besteht, eine kleine Photovoltaikanlage zu installieren, um an Ort und Stelle Strom für die Beleuchtung zu produzieren.

b) Aufstellen von Abstimm-Aschenbechern an Bushaltestellen und anderen bekannten Wartebereichen

c) Kostenfreie Ausgabe von Saat-Bomben an Bürgerinnen und Bürger und / oder Schulen und Kitas

Über die Aufnahme in den Maßnahmenkatalog soll nach Vorliegen der Prüfergebnisse separat abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

7 .	Erstellung der 3. Stufe der Lärmaktionsplanung für die Stadt Neumünster - Kenntnisnahme des Entwurfes - Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0387/2018/DS
-----	---

Zur Vorlage liegt allen Ausschussmitgliedern ein Änderungsantrag von Frau Bühse vor (**Anlage 3**).

Herr Krampfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Jochen Richard vom Planungsbüro Richter-Richard, dem er anschließend das Wort übergibt. Herr Richard stellt den Entwurf des Lärmaktionsplanes u. a. im Hinblick auf die Notwendigkeit, den rechtlichen Hintergrund und den Verfahrensablauf anschaulich dar. Lärmmindernde Maßnahmen erläutert er beispielhaft für die Segeberger Straße und den Innenstadtring. Die **Powerpoint-Präsentation** ist der Niederschrift als **Anlage 9** beigefügt.

Frau Bühse weist auf die maßgebliche Beteiligung der Stadtteilbeiräte hin und begründet ihren Änderungsantrag.

Herr Heilmann verweist auf die Mitwirkungsbereitschaft, den Entwurf in mindestens zwei öffentlichen Veranstaltungen vorzustellen. Die Stadtteilbeiräte würden zusätzlich im Rahmen der Beteiligung von betroffenen Trägern öffentlicher Belange einbezogen. Er macht ausdrücklich auf die Ermahnung vom Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung zur Einhaltung der Abgabefrist eines beschlossenen Lärmaktionsplanes bis zum 30.10.2019 aufmerksam.

Frau Spieler sagt die Beantwortung kritischer Fragen zum zeitlichen Ablauf der 3. Stufe Lärmaktionsplanung zu. Die ergänzenden Ausführungen sind der Niederschrift als **Anlage 10** beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Frau Bühse abstimmen.

Die Ziffer 3 lautet neu wie folgt:

„Der Entwurf des Lärmaktionsplanes ist in den Stadtteilbeiräten vorzustellen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Anschließend stellt er die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Entwurf des Lärmaktionsplanes 3. Runde wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf des Lärmaktionsplanes ist für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die betroffenen Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.
3. Der Entwurf des Lärmaktionsplanes ist in den Stadtteilbeiräten ~~in mindestens zwei öffentlichen Veranstaltungen~~ vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

8 .	Stadtteil West Beschluss der Sanierungssatzung Vorlage: 0285/2018/DS
-----	--

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Antrag von Frau Bühse als Tischvorlage vor (**Anlage 4**).

Frau Bühse begründet ihren Antrag und erklärt sich mit einer Beantwortung der einzelnen Punkte bis zur Ratsversammlung am 03.09.2019 einverstanden.

Nach kritischen Einwendungen der Ausschussmitglieder lässt Herr Krampfer über den Antrag von Frau Bühse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 5
Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend stellt Herr Krampfer die Drucksache 0285/2018/DS zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die vorliegenden vorbereitenden Untersuchungen und das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept werden gebilligt.
2. Die Ratsversammlung beschließt gem. § 142 BauGB die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Stadtteil West“.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sanierungssatzung gem. § 14 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach dem Inkrafttreten der Sanierungssatzung gem. § 143 Abs. 2 BauGB das Grundbuchamt zu ersuchen, in die Grundbücher, der von der Sanierungssatzung betroffenen Grundstücke, einen Sanierungsvermerk einzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 5

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

9 .	Integriertes Stadtentwicklungskonzept: Festlegung der ISEK-Stadtteilgrenzen Vorlage: 0366/2018/DS
-----	--

Es wurde den Ausschussmitgliedern ein Alternativantrag von Herrn Michaelis als Tischvorlage verteilt (**Anlage 5**).

Herr Michaelis erläutert seinen Antrag, die ISEK-Stadtteile und politische Stadtteile zu vereinheitlichen.

Bei den übrigen Ausschussmitgliedern herrscht Einvernehmen darüber, dass dieser Zustand schon aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht zu erreichen ist.

Herr Krampfer lässt über den Antrag von Herrn Michaelis abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 6
Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend wird die Vorlage 0366/2018/DS einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Die Änderungsempfehlungen der Stadtteilbeiräte zur Abgrenzung von ISEK-Stadtteilen (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Vorschlag zur Abgrenzung von ISEK-Stadtteilen gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

10 .	Umgestaltung des Großfleckens hier nur: Beschluss über den vorzeitigen Baubeginn des Eingangsbereiches Großflecken/Lütjenstraße Vorlage: 0360/2018/DS
------	--

Der Ausschuss hat Kenntnis genommen.

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt den vorzeitigen Baubeginn des Eingangsbereiches nach der als Anlage beigefügten Planung.

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

11 .	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes - Umsetzungsbericht Vorlage: 0362/2018/DS
------	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Umsetzungsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

12 .	53. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Nördlich Mühlenstraße" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss zur Bürgerbeteiligung - Durchführung einer Umweltprüfung Vorlage: 0363/2018/DS
------	--

Die Nachfrage von Herrn Dr. Stein zur Darstellung des Grünzuges entlang der Stör wird von Herrn Heilmann beantwortet. Anschließend lässt Herr Krampfer über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Flächennutzungsplan 1990 der Stadt Neumünster ist für das Gebiet westlich der Altonaer Straße, nördlich der Mühlenstraße, südlich der Stör im Stadtteil Wittorf wie folgt zu ändern:

Anstelle der dargestellten naturbelassenen Grünflächen, die nördlich an die dargestellten Wohnbauflächen im Bereich der bebauten Grundstücke in der Mühlenstraße 43 – 45 a anschließen, soll eine weitere Teilfläche für eine wohnbauliche Entwicklung vorbereitet werden.

2. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll insbesondere die Belange des Umwelt- und Naturschutzes und der Landschaftspflege prüfen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
4. Es ist eine Bürgerbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen; die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

13 .	Bebauungsplan Nr. 223 "Südlich Fuhrkamp, nördlich Kreuzkamp" (AWO) - Antrag auf Bebauungsplanaufstellung - Aufstellungsbeschluss - Anwendung des beschleunigten Verfahrens - Beschluss zur Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0376/2018/DS
------	--

Zur Ergänzung der Vorlage wurde allen Ausschussmitgliedern ein Lageplan zur Variante 2, welche nunmehr vom Vorhabenträger favorisiert werde, als Tischvorlage zur Verfügung gestellt (**Anlage 6**).

Herr Westphal-Garken regt eine möglichst schnelle Realisierung des Vorhabens an, da dringender Bedarf vorhanden ist.

Frau Spieler erläutert, weshalb u. a. durch eine geänderte Erschließung und eine Ausweitung der geplanten Nutzungen ein Bauleitplanverfahren rechtlich erforderlich ist. Sobald eine Kostenübernahmeerklärung des Vorhabenträgers vorliegt, würden die für das Bauleitplanverfahren vorgesehenen Fachgutachten beauftragt werden können.

Frau Bühse plädiert für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität der verbleibenden Grünfläche.

Herr Krampfer lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Für das Gebiet südlich des Fuhrkamps, nördlich des Kreuzkamps, westlich der Straße Op de Geest ist der Bebauungsplan Nr. 223 „Südlich Fuhrkamp, nördlich Kreuzkamp“ (AWO)“ im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Ziel der Planung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau einer Kindertagesstätte sowie anderer sozialer Einrichtungen.
2. Das beschleunigte Verfahren nach § 13 a BauGB findet Anwendung. Von der Durchführung einer Umweltprüfung wird daher abgesehen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

4. Es ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

14 .	Widmung der Brückenstraße Vorlage: 0365/2018/DS
------	--

Herr Michaelis erkundigt sich danach, ob sich sämtliche zu widmenden Flächen im Eigentum der Stadt Neumünster befinden, was von Herrn Heilmann bejaht wird.

Beschluss:

Der beiliegenden Widmungsverfügung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

15 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

16 .	Mitteilungen
------	--------------

Frau Obel weist auf die Pressemitteilung zur Roadshow „NEW 4.0 – Norddeutsche Energiewende“ hin (**Anlage 7**) und gibt einen Ausblick auf begleitende Veranstaltungen.

16.1 .	Lärmschutz - Berechnung von Verkehrslärmimmissionen Vorlage: 0134/2018/MV
--------	--

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Kenntnisnahme

16.2 .	Beschlusskontrolle - öffentlich - siehe Anlage - Vorlage: 0144/2018/MV
--------	---

Frau Bühse erkundigt sich nach dem Vorhaben für den Bereich des Bahnhofes ein förmliches Sanierungsgebiet festzusetzen.

Die von Herrn Michaelis zur Hotelmarktstudie gestellten Fragen werden von Frau Spieler beantwortet und können der **Anlage 11** entnommen werden.

Beschluss:

Kenntnisnahme

16.3 .	Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg am 23. September 2019 in Seevetal, Terminankündigung Vorlage: 0145/2018/MV
--------	---

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

16.4 .	Prioritäre Bearbeitung von Bauanträgen zu umfangreichen Baumaßnahmen an Schulen in NMS (Förderprojekte) unter Berücksichtigung der aktuellen Perso- nalsituation FD 63, Abt. 63.3 Untere Bauaufsichtsbehörde Vorlage: 0151/2018/MV
--------	---

Herr Stadtbaurat Kubiak erläutert die Vorlage. Die Nachfragen von Herrn Dr. Stein bezüglich der zeitlichen Befristung des Personals, welches für die Schwarzbauten eingestellt wurde, wird von Frau Obel beantwortet.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

16.5 .	Umsetzung des Ratsbeschlusses "Neumünster aktiv gegen den Klimawandel" Vorlage: 0153/2018/MV
--------	---

Der Ausschuss hat Kenntnis genommen.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

gez. Thomas Krampfer
(Ausschussvorsitzender)

gez. Hilke Schulz
(Protokollführerin)